

Formularsammlung für Rechtsanwaltsfachangestellte

Stuckenberger

4. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-78855-0
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

90. Zustellauftrag an Gerichtsvollzieher

Herrn/Frau (Ober-)Gerichtsvollzieher/in
[...]
[Adresse]

[Datum]

Zustellungsauftrag¹
hier: Zustellung Vollstreckungsbescheid/Kündigung etc.

Sehr geehrte/r Herr/Frau (Ober-)Gerichtsvollzieher/in [...],
anliegend übermitteln wir Ihnen den Vollstreckungsbescheid²/die Kündigung/[...] samt unserer Originalvollmacht³ sowie einer beglaubigten Abschrift mit der Bitte um umgehende Zustellung an

Firma/Herrn/Frau [...]
Adresse

Den Zustellungsnachweis bitten wir, am beigefügten Original-Titel anzubringen. Für etwaige hierdurch entstehende Kosten übernehmen wir die persönliche Kostenhaftung.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

Anlagen
Vollmacht
Originaltitel bzw. Kündigung
Abschrift Titel bzw. Kündigung

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Anmerkungen

- 1. Zustellauftrag:** Die Zustellung von Schriftstücken kann jeder – auch ein für den Sitz des/der Schuldners/in örtlich nicht zuständiger – Gerichtsvollzieher vornehmen.
- 2.** Dann, wenn bspw. im Antrag auf Erlass des VB angekreuzt wurde, dass die Zustellung durch die Partei selbst erfolgt.
- 3. Originalvollmacht:** Bei einseitigen Rechtsgeschäften (wie bspw. Kündigung) muss eine Original-Vollmacht beigefügt werden. Bei Nichtvorlage einer Vollmacht und unverzüglicher Zurückweisung der Gegenseite ist das Rechtsgeschäft (hier: die Kündigung) ansonsten unwirksam, § 174 BGB.

91. Mandatsbericht über Abgabe der Vermögensauskunft

Herrn/Frau
[...]
[Adresse]

[Datum]

[Gläubiger/in] ./ [Schuldner/in]
wegen Zwangsvollstreckung

Sehr geehrte/r Herr/Frau [...],

in obiger Angelegenheit übermitteln wir Ihnen anliegend die Mitteilung des/der Gerichtsvollzieherin/s [Name] vom [Datum] zu Ihrer Information.

Wie hieraus ersichtlich hat der/die Gerichtsvollzieher/in bei der/beim Schuldner/in die Vermögensauskunft abgenommen.

Der/Die Gerichtsvollzieher/in hat eine Eintragung in die Schuldnerkartei angeordnet, § 882c ZPO. Der/die Schuldner/in ist somit im Vermögensverzeichnisregister sowie in der Schuldnerkartei eingetragen.

Der/die Schuldner/in hat angegeben, bei der Deutschen Rentenversicherung Bund Rentenanwartschaften erworben zu haben. In welcher Höhe müsste im Wege eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses ermittelt werden.

Ferner hat der/die Schuldner/in angegeben, über ein Konto bei der [...bank] zu verfügen. Dies wird als sog. Pfändungsschutzkonto (P-Konto) geführt. Der Pfändungsschutz besteht automatisch in Höhe des monatlichen Pfändungsfreibetrages des § 850c Abs. 1 S. 1 ZPO.¹ Der Pfändungsschutz wird grundsätzlich für die Dauer des Kalendermonats, in dem der Pfändungsbeschluss dem Kreditinstitut zugestellt worden ist, gewährt. Ein in einem Kalendermonat nicht ausgeschöpfter Grundfreibetrag wird auf den nächsten Monat übertragen und erhöht den für diesen neuen Monat geltenden Freibetrag. Zum Zeitpunkt der Abgabe des Vermögensverzeichnisses belief sich der Kontostand auf [Betrag]. Eine Vollstreckung in das P-Konto des/der Schuldners/in scheint daher aus den o.g. Gründen wenig Erfolg versprechend.

Interessant ist die Angabe des Schuldners in Ziffer [...]. Das Arbeitsverhältnis bei der Firma [...] besteht – entgegen den Aussagen des/der Schuldners/in – noch, wieder oder hat nie geendet. Dort erhält er/sie derzeit ein monatliches Bruttoeinkommen in Höhe von [Betrag]. Der Pfändungs- und Überweisungsbeschluss über das Arbeitseinkommen vom [Datum] ist daher unverändert gültig. Wir haben bei der/beim Drittschuldner/in nachgehakt und um Übersendung der Bezügemitteilungen ersucht. Sollte pfändbares Arbeitseinkommen vorhanden sein, werden wir die/den Drittschuldner/in umgehend zur Auszahlung desselben auffordern.

I. Allgemeine Korrespondenz/Vorbereitung der Zwangsvollstreckung

Form. 91

Nach Ablauf von zwei Jahren kann erneut die Vermögensauskunft beantragt werden. Wir haben die Akte auf Wiedervorlage gelegt und kommen sodann hierauf zurück.

Sofern Sie bzgl. der Rentenanwartschaften einen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss wünschen, bitten wir um gesonderte Auftragserteilung.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

Anlage

Mitteilung GVZ

Anmerkung

1. Pfändungsfreigrenze für Arbeitseinkommen 2022, gültig ab 1.7.2022. Die Pfändungsfreigrenzen nach § 850c ZPO werden jährlich angepasst und gelten immer vom 1.7. bis 30.6. des Folgejahres.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

92. Bestätigung an Gegenseite bei Bezahlung eines VollstreckungstitelsRechtsanwälte¹

[...]

[Adresse]

[Datum]

[Gläubiger/in] ./ [Schuldner/in]

Rechtsstreit vor dem Amts-/Landgericht [...], Az. [...]

Sehr geehrte/r Frau/Herr Kollege/in [...],

unter Bezugnahme auf den [Vollstreckungstitel] des Amts-/Landgerichts [...] vom [Datum], Az. [...], bestätigen wir Ihnen, dass der/die festgesetzte Betrag/Hauptforderung einschließlich Zinsen in Höhe von [Betrag] auf unserem Kanzleikonto eingegangen ist. Zu unserer Entlastung fügen wir anliegend die vollstreckbare Ausfertigung des [Vollstreckungstitels]² bei. Wir betrachten die Angelegenheit somit als erledigt.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Rechtsanwalt

Anlage

vollstreckbare Ausfertigung samt Erledigungsvermerk

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Anmerkungen

1. Sofern die Partei nicht anwaltlich vertreten ist, wird das Schreiben direkt an diese adressiert.
2. **Zur „Entwertung“ von Titeln:** Eine „Entwertung“ von Vollstreckungstiteln sieht das Gesetz nicht vor. Daher kann weder der Rechtsanwalt noch das Gericht einen Titel „entwerten“. Dh aus einem durchgestrichenen Titel mit Vermerk „entwertet“ kann durchaus noch vollstreckt werden, wenn der Gläubiger ihn in Händen hält.
Handhabung in der Praxis: Vermerk auf Titel „erledigt durch Zahlung“ + Kanzleistempel und Versendung des Originals der vollstreckbaren Ausfertigung an den/die Schuldner/in.

II. Forderungspfändung

93. Vorläufiges Zahlungsverbot (Vorfändung)

Herrn/Frau [...] (Schuldner/in)
[Adresse]
Firma [...] (Drittschuldner/in)
[Adresse]

[Datum]

Vorläufiges Zahlungsverbot¹

In der Zwangsvollstreckungssache

[...] [Adresse]
bei Firmen: vertreten durch den/die [...],² [Adresse]

Prozessbev.: Rechtsanwälte [...] [Adresse]

gegen

[...] [Adresse]
bei Firmen: vertreten durch den/die [...], [Adresse]

– Gläubiger/in –

– Schuldner/in –

wegen Forderung

steht dem/der Gläubiger/in aufgrund des vollstreckbaren Urteils/Vergleichs/Kostenfestsetzungsbeschlusses des Amts-/Landgerichts [...] vom [Datum], Az. [...], gegen den/die Schuldner/in ein Anspruch auf Zahlung gemäß anliegender Forderungsaufstellung zu.

Wegen der dort genannten Beträge steht die Pfändung der angeblichen Forderung des/der Schuldners/in aus [bspw. Kaufvertrag] mit der/m [Drittschuldner/in] vom [Datum] in Höhe von [Betrag] bevor.

Alternativen:

Wegen der unten genannten Beträge steht die Pfändung der angeblichen und zukünftigen Forderungen und Ansprüche des/der Schuldners/in aus [bspw. Bankguthaben] mit der [Drittschuldnerin] bevor.

Wegen der unten genannten Beträge steht die Pfändung der angeblichen und zukünftigen Forderungen und Ansprüche des/der Schuldners/in aus [bspw. Rentenanwartschaften] mit der Deutschen Rentenversicherung Bund/Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See [der jeweiligen Drittschuldner/in] bevor.

Wegen der unten genannten Beträge steht die Pfändung der angeblichen und zukünftigen Forderungen und Ansprüche einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen des/der Schuldners/in aus [bspw. Arbeitseinkommen] mit der Firma [Drittschuldner/in] bevor.

Wegen der unten genannten Beträge steht die Pfändung der angeblichen und zukünftigen Forderungen und Ansprüche der/des Schuldners/in aus [bspw. Antragsveranlagung für das abgelaufene Kalenderjahr 2021 sowie frühere Erstattungszeiträume [Datum]] mit dem Finanzamt [Drittschuldner/in] bevor.

Gemäß § 845 ZPO werden Schuldner/in und Drittschuldner/in von der bevorstehenden Pfändung benachrichtigt.

Die Benachrichtigung hat die Wirkung eines Arrestes (§§ 845, 930 ZPO). Hierzu muss die Pfändung innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Schreibens³ bewirkt werden (§ 845 Abs. 2 ZPO).

Der beantragte Pfändungs- und Überweisungsbeschluss wird dem/r Drittschuldner/in in Kürze zugestellt werden.

An den/die Drittschuldner/in ergeht die Aufforderung, nicht an den/die Schuldner/in zu leisten.

Die/der Drittschuldner/in wird im Interesse einer raschen Abwicklung gebeten, innerhalb von zwei Wochen zu erklären, ob er/sie die gepfändete Forderung anerkennt und zur Leistung bereit ist. Falls der/die Schuldner/in nicht bei dem/der Drittschuldner/in beschäftigt ist bzw. pfändbare Ansprüche nicht bestehen, wird Mitteilung ebenfalls innerhalb o. g. Frist erbeten.

Der/die Schuldner/in wird aufgefordert, sich jeder Verfügung über die genannten Forderungen und Ansprüche, insbesondere deren Einziehung, zu enthalten.

Rechtsanwalt

Anmerkungen

1. **Das vorläufige Zahlungsverbot** ist lediglich eine Benachrichtigung an den/die Schuldner/in und Drittschuldner/in, mit der dieser/n mitgeteilt wird, dass die Pfändung unmittelbar bevorsteht. Es ist kein Beschluss, der erlassen wird. Die Vorphändung kann auch über das amtliche Formular „Vollstreckungsauftrag an die/den Gerichtsvollzieher/in“ über Modul J beantragt werden. Eine Pflicht zur Verwendung für die Vorphändung besteht jedoch nicht. Die Vorphändungsbenachrichtigung muss jedoch eindeutig dem späteren PfÜB zuzuordnen sein, dh die Angaben Gläubiger/in, Schuldner/in, Drittschuldner/in, Forderungshöhe, Forderung wegen der vollstreckt werden soll, müssen eindeutig übereinstimmen.
2. **Vertretungsbefugnis:** → Form. 15 Anm. 2
3. **1-Monats-Frist,** innerhalb derer der PfÜB zugestellt werden muss, § 845 Abs. 2 ZPO. Keine Zustellung innerhalb eines Monats: Rangverlust, dh es muss eine neue Vorphändung eingeleitet werden.
Gerichtskosten: Keine Gerichtskosten, da kein Antrag ans Gericht. Gerichtskosten entstehen erst durch Sicherungsvollstreckung bzw. PfÜB. Aber: Zustellkosten des GVZ.
RA-Gebühren: RA erhält Gebühr nach VV 3309 RVG allerdings iVm dem Erlass des PfÜB (= gilt als eine Angelegenheit, § 18 Nr. 3 RVG). Daher keine separate Abrechnung von Vorphändung und PfÜB.

94. Zustellauftrag an Gerichtsvollzieher

Herrn/Frau (Ober-)Gerichtsvollzieher/in¹
[...]
[Adresse]

[Datum]

In der Zwangsvollstreckungssache
[Gläubiger/in] ./ [Schuldner/in]
hier: Zustellungsauftrag Vorphändung

Sehr geehrte/r Frau/Herr (Ober-)Gerichtsvollzieher/in [...],

in der o. g. Zwangsvollstreckungssache bitten wir, das anliegende Benachrichtigungsschreiben sowohl an den/die Schuldner/in als auch an den/die Drittschuldner/in zuzustellen² (§ 9 GVGA).

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt

Anlage
Benachrichtigungsschreiben, 2-fach



Anmerkungen

- 1. Funktionelle Zuständigkeit:** Gem. § 845 Abs. 1 ZPO ist der GVZ für die Zustellung der Benachrichtigung, dass die Pfändung bevorsteht (= Vorphändung), zuständig. Das Schreiben kann auch an die Verteilerstelle für Gerichtsvollzieheraufträge gerichtet werden. Beschleunigt werden kann die Zustellung jedoch durch direkte Übermittlung an den zuständigen GVZ. Vorab sollte jedoch geprüft werden, ob sich dieser in Urlaub oder im Krankenstand befindet; → Form. 90 Anm. 1.
- 2.** Auch der Zustellungsauftrag an den Gerichtsvollzieher kann mittels amtlichen Formulars „Vollstreckungsauftrag an den/die Gerichtsvollzieher/in“ eingereicht werden. Eine Pflicht zur Verwendung dieses Formulars besteht wiederum nicht.

95. Antrag auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses (Sicherungsvollstreckung gem. § 720a ZPO)

Raum für Kostenvermerke und Eingangsstempel

Amtsgericht _____

Vollstreckungsgericht _____

Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses insbesondere wegen gewöhnlicher Geldforderungen

1

Es wird beantragt, den nachfolgenden Entwurf als Beschluss auf Pfändung und Überweisung zu erlassen.

- Zugleich wird beantragt, die Zustellung zu vermitteln (mit der Aufforderung nach § 840 der Zivilprozessordnung – ZPO).
 Die Zustellung wird selbst veranlasst.

Es wird gemäß dem nachfolgenden Entwurf des Beschlusses Antrag gestellt auf

- Zusammenrechnung mehrerer Arbeitseinkommen (§ 850e Nummer 2 ZPO)
 Zusammenrechnung von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen (§ 850e Nummer 2a ZPO)
 Nichtberücksichtigung von Unterhaltsberechtigten (§ 850c Absatz 4 ZPO)

Ich beantrage,

- Prozesskostenhilfe zu bewilligen
 Frau Rechtsanwältin / Herrn Rechtsanwalt _____

beizuordnen.

- Prozesskostenhilfe wurde gemäß anliegendem Beschluss bewilligt.

Anlagen:

- Schuldtitel und _____ Vollstreckungsunterlagen
 Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst _____ Belegen

- Verrechnungsscheck für Gerichtskosten
 Gerichtskostenstempler

- Ich drucke nur die ausgefüllten Seiten

(Bezeichnung der Seiten)
aus und reiche diese dem Gericht ein.

Datum (Unterschrift Antragsteller/-in)

Hinweis:

Soweit für den Antrag eine zweckmäßige Eintragungsmöglichkeit in diesem Formular nicht besteht, können ein geeignetes Freifeld sowie Anlagen genutzt werden.

